



Niederschrift

10. Plenarsitzung des Gemeinderates
26. Mai 2020, 15:30 Uhr
öffentlich
Gartenhalle, Kongresszentrum
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

16.

Punkt 15 der Tagesordnung: Darstellung der Klimarelevanz in Gemeinderatsvorlagen Vorlage: 2020/0358

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, bei der Darstellung der Klimarelevanz in Gemeinderatsvorlagen dem gemeinsamen Vorschlag des Deutschen Instituts für Urbanistik (difu) und des Deutschen Städtetages gemäß Anlage 1 zu folgen.

Abstimmungsergebnis:

Bei 43 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen mehrheitlich zugestimmt

Der Vorsitzende setzt um 19:08 Uhr die unterbrochene Sitzung fort, ruft Tagesordnungspunkt 15 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit.

Stadträtin Mayer (GRÜNE): Im vergangenen Jahr haben wir in Karlsruhe den Klimanotstand ausgerufen und einige, auch in diesen Reihen, haben befürchtet, dass das ein reiner Marketingbegriff ist.

(Unruhe)

Der Vorsitzende: Ein kleiner Moment - könnten Sie ein bisschen zu Ruhe kommen, die Plätze einnehmen, auch die Gespräche im Hintergrund entweder nach draußen in den Zoo verlagern oder einstellen? So, jetzt, Frau Stadträtin

Stadträtin Mayer (GRÜNE): Gerne, ja, einige haben befürchtet, das wird ein reines Marketinggeschäft, dass wir uns in Karlsruhe mit dem Klimanotstand auszeichnen. Wir sehen jetzt anhand dieser Vorlage, so ist es nicht, sondern es ist so, dass wir ganz konkret jetzt aus diesem Klimanotstand heraus eine Vorlage erarbeitet haben. Wir werden jetzt die Methodik

des difu einführen, um Vorlagen für den Gemeinderat auf ihre Klimarelevanz hin zu prüfen. Das ist für uns Gemeinderätinnen und Gemeinderäte ein tolles Werkzeug, um mehr Transparenz zu schaffen, und es gibt natürlich auch der Öffentlichkeit die Möglichkeit, hier noch mal mit einer einfachen Methodik zu schauen, wie wirken sich einzelne Projekte nicht nur finanziell aus, sondern eben auch auf das Klima, was ja aktuell eine sehr große Frage ist, die wir dann auch ernst nehmen in dem Bereich. Die Stadtverwaltung hat auch schon mal eine andere Idee, eine eigene Vorlage ausgearbeitet, wir werden jetzt hier auf ein einheitliches Verfahren zurückgreifen. Das hat den Vorteil, dass wir auch mit anderen Kommunen vergleichbar sind, dass es relativ einfach darstellbar ist und auch gut verständlich. Wir wollen uns noch einmal ganz herzlich bedanken und freuen uns über diese zusätzliche Transparenz für unsere Vorlagen.

Stadtrat Maier (CDU): Wie Sie alle wissen, standen wir ja dieser Angelegenheit eher kritisch gegenüber. Bürokratisch gesehen, ist das Ganze immer noch ein Monster, aber wir freuen uns, dass die Verwaltung hier das Rad nicht neu erfunden hat, sondern diesen eben schon zitierten Vorschlag des Deutschen Städtetages übernimmt, damit eine gewisse Vergleichbarkeit hergestellt wird. Wir werden heute zustimmen, und wir werden auch ganz deutlich beobachten, ob das Ganze zu einem Verhinderungsinstrument werden wird oder zu einem Steuerungselement im positiven Sinne. Wir hoffen auf Letzteres.

Stadtrat Huber (SPD): Ich glaube, es ist auch keine Überraschung, wenn ich Zustimmung unserer Fraktion verkünde, denn wir waren ja schließlich auch bei denen dabei, die das im Ursprung gefordert haben. Wir haben in den Vorbereitungen das Thema immer kritisch begleitet, weil wir gesagt haben, es muss eine seriöse Grundlage sein. Was uns vor allem auch wichtig war, dass die Fachämter jetzt komplett nicht überladen werden mit irgendwelchen Monstern. Ich glaube, mit der Lösung, die wir jetzt vor uns liegen haben, haben wir dann eine sehr gute Variante gefunden. Ich danke natürlich auch der Verwaltung für die Arbeit. Wir werden es auch kritisch weiter begleiten, wie alle anderen auch. Wir freuen uns auf die ersten Vorlagen und gucken, wie das Ganze dann läuft.

Stadtrat Høyem (FDP): Selbstverständlich müssen wir und wollen wir in der Zukunft viel über Klimaschutz und Klimaänderung diskutieren und auch handeln. Diese kleine Beschlussvorlage liegt hier vor uns und sieht eigentlich unschuldig und nett aus. Wir stimmen ihr sogar zu, aber sie ist trotzdem sprenggefährlich: demokratisch sprenggefährlich, bürokratisch sprenggefährlich und für Manipulation sprenggefährlich.

Demokratisch ist es gefährlich, weil wenn ein Thema ein Monopol in der Politik erobert, wird der normale breite und vielfältige demokratische Dialog zu einem unterdrückenden Monolog verändert. Wenn dann eine moralisch religiöse Besserwisserei hinzugefügt wird, wachsen die Ränder in unserer Gesellschaft. Das haben wir in der Flüchtlingsdebatte erlebt, und das erleben wir gerade jetzt mit der Coronakrise. Bürokratisch ist es gefährlich, nicht nur weil der Prozess mehr Personal braucht, sondern noch mehr, weil überall ein extra Filter, eine extra hierarchische Ebene eingebaut wird, eine Ebene prinzipiell, mit wahrscheinlich höheren Auswirkungen als finanzielle Auswirkungen, Haushaltsmittel, IQ-Relevanz, Anhörung Ortschaftsrat und Abstimmung mit den Gesellschaften, die heute schon auf den Vorlagen für den Gemeinderat auszufüllen sind. Es ist in sich selbst eine Einschränkung in der Vorbereitung, und jede Verwaltung lernt blitzschnell, diese Bürokratie und Hierarchie als Verhinderung oder als Vorteil zu benutzen. Damit sind die Unterlagen gefiltert, bevor sie uns überhaupt im

Gemeinderat erreichen. Für Manipulation ist es gefährlich, ich zitiere „zuständig für die Einsetzung der Klimarelevanz ist die Fachdienststelle, die die Vorlage erstellt“. Kennen Sie diese kleine Geschichte, wo ein Bewerber zu einer Stelle eine unglaublich beeindruckende Empfehlung mitbringt. Der Arbeitgeber ist sehr imponiert. Dann sagt er: „Ja, das ist wirklich eine sehr gute Empfehlung. Haben Sie auch andere Empfehlungen, als die von ihrer Mutter?“.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Sie erinnern sich noch an meine Rede von der letzten Gemeinderatssitzung, als es um Klimaschutzmaßnahmen ging? Deswegen brauche ich die Argumente, die ich damals genannt habe, hier nicht zu wiederholen, Sie haben sie alle wieder im Kopf und deswegen gehe ich jetzt hier auf diese Vorlage ein.

Mein Vorredner hat mir schon vieles vorweggenommen. Das Bild mit der moralisch-religiösen Besserwisserei, kann ich nur unterstreichen. Dass wir natürlich mehr Personal brauchen, dass es mehr Bürokratie bedeutet und dass auch hierarchisch das Ganze problematisch wird, das sehen wir ganz genauso. Denn wenn man sich hier mal den Teil C der Empfehlung des Deutschen Städtetages anschaut, es wird dafür plädiert, dass bei der Erstellung der Beschlussvorlagen das jeweilige Fachressort, bei dem die Sachkenntnis über die zu beschließende Maßnahme vorhanden ist, eine Einschätzung und dann Prüfung der Klimarelevanz vornimmt, dann kommt das Ganze noch bei Bedarf in das für den Klimaschutz zuständige Fachamt und seine Expertise wird eingeholt, das heißt, hier können die einzelnen Ämter wunderbar miteinander diskutieren und das Ganze immer weiter vertiefen und erarbeiten und Papiere schreiben und hin und her schicken und da werden wir viele zusätzlichen Stellen brauchen, weil das ist auch Arbeit. Das müssen wir wissen, in Zeiten in denen wir sparen wollen. All das hier wird zusätzliche Stellen erfordern, zusätzliche Arbeit und zusätzliches Geld kosten.

Wenn ich sehe, wie dann nachher die Empfehlung der Stadt in Anlage 2 umgesetzt wird, dann muss ich sagen, es ist tatsächlich ein Marketingkonzept, Frau Mayer, weil hier stehen zwei verschiedene Stufen drin, einmal weniger als 100 t CO₂ pro Jahr, einmal mehr als 100 t CO₂ pro Jahr, und dann wird bei jedem einzelnen Beispiel nur abgeschätzt. Irgendeiner setzt sich hin und macht eine Abschätzung im Kopf, da steht nirgendwo, dass man etwas konkret weiß. Im ersten Punkt steht, dass die Zahl mangels Datenerhebung nicht möglich ist, beim nächsten Punkt steht, Konkretisierung ist nicht möglich, da steht nicht quantifizierbar und da steht am Ende, Energieverbrauch verringert sich, aber keine energetischen Aspekte angesprochen. Das heißt, es sind keine Daten da und trotzdem wird eine Einschätzung vorgenommen. Als Naturwissenschaftler muss ich sagen, das ist ein Haufen Mist, und deswegen können wir dem nicht zustimmen.

Stadträtin Binder (DIE LINKE.): Ja, ich glaube, da haben ein paar Leute wahrscheinlich noch ein bisschen Erläuterungsbedarf. Ich gehe einfach davon aus, wenn wir Klimaziele erreichen wollen und die hat uns eigentlich die Welt vorgegeben, dann bleibt uns nichts anderes übrig, als bei all unserem Tun zu überlegen, ist es gut oder schlecht für das Klima. Nichts anderes soll uns als Kommunalpolitiker*innen ermöglicht werden, anhand von neuen Projekten, anhand von neuen Vorlagen zu entscheiden, ist das sinnvoll oder nicht, weil es möglicherweise entsprechende Energie- oder Ressourcenverbräuche mit sich bringt. Es geht darum, dass auch innerhalb der Verwaltung Menschen mit ihrem täglichen Tun dafür sorgen, dass eben möglichst wenig Ressourcenverbrauch, möglichst wenig Energieverbrauch stattfindet. Dazu soll dieses Instrument dienen. Es hat keinen Selbstzweck, sondern es soll jedem von uns etwas

dabei helfen nachzudenken über das, was wir täglich tun oder auch nicht tun und was dies für unser Klima, für unsere Energie und für unsere Ressourcen bedeutet, nicht mehr und nicht weniger. Ich finde, dafür ist das eine gute Hilfestellung. Wir brauchen das auch, dass innerhalb der Gesellschaft die Menschen alle anfangen darüber nachzudenken, was sie mit ihrem persönlichen Handeln beitragen oder auch gegenteilig erreichen im Zusammenhang mit Klimazielen, die wir erreichen wollen und erreichen müssen, wenn diese Welt und dieses Karlsruhe lebenswert bleiben sollen. Deshalb unterstütze ich den Vorschlag der Verwaltung, wir unterstützen den und sind froh darum, dass wir dieses Instrument jetzt haben.

Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR): Wir müssen den Ball flach halten, es geht um ein einfaches Instrument der Beurteilung. Es soll nichts Kompliziertes werden, deswegen darf es nicht überhöht werden. Ich habe noch eine Anfrage zu den weniger als 100 t, was geringfügig ist. Ich habe es schon einmal gesagt im Ausschuss, für Kleinsteinbach mag das geringfügig sein, aber für Karlsruhe ist geringfügig etwas anderes als für eine kleine Kommune. Also, würde ich darum bitten, um ein Kriterium zu haben, es wirklich anzupassen - das steht hier auch drin - nach der Größe der Kommune. Das ist nicht erfolgt. Das biete ich, noch nachzuholen.

Der Vorsitzende: Vielen Dank auch für diesen Hinweis. Ich bin insgesamt dankbar, dass wir ein Verfahren finden, das relativ einfach ist und dass sich an klaren Grenzziehungen orientiert. Ob die dann im Einzelfall immer naturwissenschaftlichen Berechnungen bis ins Komma und nach dem Komma standhalten, ist, glaube ich für das, was wir brauchen, nicht so relevant. Wenn ich ein Projekt plane, und sehe, dass ich hier in einer schlechten Kategorie lande, dann habe ich einen klaren Bezug zu einer Größe, die ich dann verändern muss, um in eine bessere Kategorie zu kommen. Ich glaube, das ist am Ende erfolgreicher, als wenn wir die Komplexität des Klimawandels versuchen würden, in einer Formel abzubilden, die uns am Ende dann etwas produziert, das aber letztlich genau nicht zu Steuerungsmechanismen und zu Entscheidungsaspekten führt, und das sind die beiden Dinge, die wir hier brauchen. Vielen Dank an das Fachdezernat, dass wir mit diesem Vorschlag jetzt mit Ihnen hier ins Gespräch kommen können.

Gut, dann kommen wir jetzt hier zur Abstimmung und ich bitte um ihr Votum - drei Gegenstimmen, damit mehrheitlich angenommen. Wir sind, glaube ich, immer noch 46, dann wären das 43 positive Voten.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
5. Juni 2020